

Thilo Sarrazin (73) gab BLICK ein grosses Interview, gestern präsentierte er sein Buch **Stimmt, was er über den Islam behauptet? Der grosse Fakten-Check**

Guido Felder, Ruedi Studer, Pascal Tischhauser

Der deutsche SPD-Politiker Thilo Sarrazin (73) hat wieder zugeschlagen. Mit seinem neuen Buch **«Feindliche Übernahme»** sorgt er für grossen Wirbel. Im BLICK-Interview von gestern stellte er klipp und klar fest: «Der Islam ist eine Gefahr für die westliche Welt.»

Seine Partei ist – wie schon nach seinem ersten provokativen Buch «Deutschland schafft sich ab» – entsetzt. **Die SPD-Spitze hat ihn aufgefordert, jetzt endlich aus der Partei auszutreten.** Das aber will Sarrazin, einst Berliner Finanzsenator, partout nicht. Er sei seit 45 Jahren Mitglied der SPD. Im Jahr seines Parteibeitritts habe SPD-Bundeskanzler Willy Brandt (†78) den «umfassenden Zugangsstopp für Gastarbeiter» erlassen, sagte Sarrazin gestern an der Präsentation seines Buches. **Auch SPD-Kanzler Helmut Schmidt (†96) habe sich «wiederholt über die kulturellen Gefahren muslimischer Einwanderung ausgelassen».**

Sarrazins Aussagen im Buch und im BLICK-Interview sind provokant. Aber stimmen sie auch? Der Fakten-Check.

Sarrazin sagt: Muslime werden in Europa zur Mehrheit.

In der Schweiz hat der Anteil Muslime von 2000 bis 2016 von

3,6 auf 5,2 Prozent zugenommen. Eine Studie des amerikanischen Forschungsinstituts Pew Research Center rechnet bis 2050 für die Schweiz mit einem maximalen Muslim-Anteil von 12,9 und für Deutschland von knapp 20 Prozent. **Das wäre zwar deutlich mehr, aber bei weitem keine Mehrheit.** Haben muslimische Frauen denn nicht mehr Kinder? Reinhard Schulze (65), Direktor Forum Islam und Naher Osten an der Uni Bern: «Das ist eine verschwörungstheoretische Aussage, die der Realität nicht standhält. So liegt die Geburtenrate in den arabischen Ländern derzeit im Schnitt bei 1,6 Kindern pro Frau – und damit etwa gleich hoch wie in Europa.»

Sarrazin sagt: Es gibt kein muslimisches Land mit Meinungsfreiheit und vollwertiger Demokratie.

Die Menschenrechtsplattform Humanrights.ch hält fest: «Die Religion stellt in den islamischen Ländern ein grundsätzliches Problem für die Meinungsäusserungsfreiheit dar.» Bei der Pressefreiheit liegen viele islamische Länder laut Reporter ohne Grenzen tatsächlich auf den hinteren Plätzen.

Sarrazin sagt: Muslime unterdrücken Nichtgläubige.

Angriffe auf Kirchen und andere nichtislamische Einrichtungen zeigen: In mehrheitlich

muslimischen Ländern werden Anders- oder Nichtgläubige immer wieder unterdrückt. **Auch im Ferienland Ägypten gab es 2017 sogar eine grossangelegte Polizeikampagne gegen Atheisten.** Hansjörg Schmid (46), Geschäftsführender Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft an der Uni Freiburg, hält aber fest: «In der Schweiz und Europa engagieren sich viele muslimische Gruppen im interreligiösen Dialog und betrachten Angehörige anderer Religionen als positiv.»

Sarrazin sagt: Muslime sind krimineller als Angehörige anderer Religionen.

Anfang Jahr waren in Deutschland laut einer Erhebung von «Huffington Post» 12 300 der insgesamt etwa 65 000 Häftlinge Muslime – also jeder fünfte.



Experten erklären das mit schlechter Integration, mangelnder Bildung, aber auch damit, dass Ausländer Straftaten begehen können, die Deutsche nicht begehen können (etwa gegen Einreisebestimmungen). «Man darf nicht alles auf die Religion schieben, soziale Faktoren spielen hier eine sehr wichtige Rolle», sagt Islam-Forscher Schmid. Er betont: **«Kriminalität steht im Widerspruch zu den religiösen Geboten des Islams.»** Interessanterweise hat das deutsche Bundeskriminalamt festgestellt, dass **Zuwanderer aus Kriegsländern wie Syrien oder Afghanistan seltener straffällig** werden als Zuwanderer aus friedlicheren muslimischen Ländern wie Marokko, Algerien oder Tunesien.

Sarrazin sagt: Muslime integrieren sich nicht. Und wenn

sich einer integriert, bleibt er nicht mehr lange Muslim.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung stellte 2017 fest, dass die Integration muslimischer Secondos Fortschritte macht. **Bei 73 Prozent von ihnen ist Deutsch die Erstsprache. 84 Prozent verbringen ihre Freizeit regelmässig mit Nicht-Muslimen.** Insgesamt zeige sich aber, dass hochreligiöse Muslime grosse Nachteile auf dem Arbeitsmarkt haben. Schmid: «Religion kann Integration erschweren, aber umgekehrt auch Menschen dazu motivieren, sich stark für das Allgemeinwohl zu engagieren.» Schmid stellt fest: «Es gibt inzwischen viele gut integrierte und beruflich erfolgreiche Muslime.»

Sarrazin sagt: Die Frau ist in abhängiger und minderer Stellung.

Nicht nur in konservativen islamischen Staaten hat eine Frau weniger Rechte und Ansehen als ein Mann. Auch in der Schweiz **haben es weibliche Autoritätspersonen bei Begegnungen mit konservativen Muslimen oft schwer, sich zu behaupten**, so etwa Lehrerinnen oder Polizistinnen. Schmid erklärt: «Geschlechterrollen haben sich in den letzten hundert Jahren stark gewandelt. Religiöse Positionen werden stets zwischen Traditionen und gesellschaftlichem Kontext ausgehandelt.» Doch genau diese Tradition

steht dem Islam hier im Weg. Sarrazin hat mit seiner Kritik an dessen Frauenbild völlig Recht.

Sarrazin sagt: Der Islam erzieht seine Gläubigen zu Feindseligkeit und Ausgrenzung.

Im Koran gibt es mehrere Stellen, wonach «Ungläubige getötet» werden sollen. Islamisten nehmen regelmässig Bezug auf diese Gebote. **Konservative Muslime lehnen Andersgläubige oft ab, etwa mit einer Verweigerung des Handschlags.** Schmid sagt: «Man muss sowohl Koran als auch Bibel im historischen Kontext verstehen. In den meisten Moscheen der Schweiz, die ich kenne, wird eine Botschaft der Toleranz gelehrt.»

Sarrazin sagt: Muslimische Länder sind wirtschaftlich wenig erfolgreich.

Punkto Reichtum stimmt das nicht. Die zehn ärmsten Länder der Welt, alle in Afrika, sind alle mehrheitlich christlich. **Das reichste Land der Welt, in Sachen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, ist das muslimische Katar.** 2016 waren 7 der 29 reichsten Länder der Welt muslimisch. Aber bei allen beruht der Reichtum auf Erdöl und Erdgas. **Kaum ein muslimisches Land exportiert Industriegüter.** Hier hinkt die muslimische Welt hinterher. Ihre Blütezeiten waren vor langer Zeit, etwa vom 8. bis 13. Jahrhundert um Bagdad

Muslime in Deutschland und der Schweiz

Rund 360 000 der in der Schweiz wohnhaften Menschen ab 15 Jahren sind muslimischen Glaubens. **Ihr Anteil an der ständigen Wohnbevölkerung beträgt 5,2 Prozent (2016).** Ähnlich hoch ist der Muslim-Anteil in Deutschland: Die Forschungsgruppe Fowid spricht von rund 4 Millionen Muslimen, was einem Anteil von 4,9 Prozent entspricht. Eine Studie des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge dagegen schätzt die Zahl auf bis **zu 4,7 Millionen – und damit einen Anteil von 5,7 Prozent (2015).**

Grosse Unterschiede in der Herkunft

Unterschiede zeigen sich in der Herkunft der Muslime. In der Schweiz verfügt rund ein Drittel über die Schweizer Staatsbürgerschaft. **Gut ein Drittel stammt vom Balkan – insbesondere aus Kosovo und Mazedonien.** Fast jeder neunte Muslim ist Türke. In Deutschland hingegen wird die muslimische Gemeinschaft von den Türken geprägt – mit über der Hälfte. Etwa 17 Prozent stammen aus dem Nahen Osten.

Der Türken-Anteil hat Folgen. «Die türkische Gemeinschaft erlebt auch heute oft noch eine

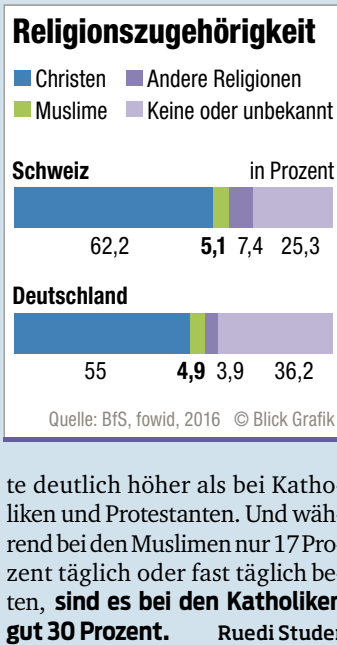
starke Kontrolle durch den türkischen Staat, das wirkt sich aus», erklärt Islamwissenschaftler Reinhard Schulze (65) von der Universität Bern. «Es gibt stärkere Aufsichtstendenzen und soziale Kontrolle.» Muslimen aus dem Balkan sei eine solche Staatsaufsicht unbekannt.

Dass rund 70 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime **«einem konservativen, den Koran wörtlich nehmenden Glauben zugeneigt» seien, stellt Schulze in Frage.** «Das sind Fake News.»

Tatsächlich zeigen Studien in der Schweiz wie in Deutschland,

dass sich Muslime in Sachen Gläubigkeit nicht gross von Christen unterscheiden. **Gemäss einer Studie des deutschen Innenministeriums von 2009 bezeichnen sich gut 80 Prozent der Muslime als sehr oder eher gläubig.** Allerdings besuchen rund zwei Drittel nie oder nur selten religiöse Veranstaltungen. Und von den Frauen trägt nur gut ein Viertel immer ein Kopftuch, über zwei Drittel hingegen nie.

Gemäss Bundesamt für Statistik liegt der Anteil der Muslime, die im Vorjahr nie einen Gottesdienst besucht hatten, mit fast der Häl-



te deutlich höher als bei Katholiken und Protestanten. Und während bei den Muslimen nur 17 Prozent täglich oder fast täglich beten, **sind es bei den Katholiken gut 30 Prozent.** Ruedi Studer

Deutschlands M «So dringend v

Die deutsche Presse geht mit dem neuen Werk von Thilo Sarrazin (73) hart ins Gericht. Die Kritiken fallen durchweg vernichtend aus.

Unter dem Titel «Haarsträubendes zum Islam» wirft ihm die **«Frankfurter Allgemeine Zeitung»** vor, ein Buch voller Fehler und Unkenntnis veröffentlicht zu haben. «Aber auch mit dieser Kampfschrift wird Thilo Sarrazin wieder Angst verbreiten und dennoch auf Resonanz stossen», vermutet das Blatt.

«Deutschland braucht dieses Werk so dringend wie einen Ebola-Ausbruch», urteilt die **«Süddeutsche Zeitung»**. In ihrer Kritik betitelt sie das Buch gar als «das verlegerische Unglück dieses Jahres».

Die Rezensentin des TV-Senders n-tv wirft Sarrazin vor, einen

Auch «Feindliche Übernahme»



Wieder im Blitzlicht

Thilo Sarrazin gestern bei der offiziellen Präsentation seiner neuen Abrechnung mit dem Islam.

oder im Mittelalter im Süden der Iberischen Halbinsel. **Auch die Wissenschaft (Astronomie, Algebra) wurde massgeblich von Muslimen geprägt.**

Sarrazin sagt: Muslimen soll die Zuwanderung verboten werden.

Grundsätzlich hat zwar niemand ein Recht darauf, in die Schweiz einzuwandern, ausser er sei Auslandschweizer oder – wegen der Personenfreizügigkeit – EU-Bürger, der in der Schweiz eine Stelle gefunden hat. **Die Bundesverfassung und das geltende Gesetz verbieten es jedoch, jemandem die Zuwanderung aufgrund seiner Religion zu verwehren.** Würde die Schweiz per Initiative einen Zuwanderungsstopp für Muslime einführen und das Diskriminierungsverbot streichen, würden

wir damit gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossen.

Sarrazin sagt: Der Islam ist eine Gefährdung für die kulturelle Ausrichtung des Westens.

Viele Schweizer sehen im Islam eine Gefahr. Das zeigt die Annahme der Minarett-Initiative 2009. **Der Islam an sich ist nicht die Bedrohung, sondern die Tatsache, dass sich streng konservative Muslime gegen eine Integration wehren.** Schmid sagt: «Die kulturelle Ausrichtung des Westens ist vielfältig und muss ständig neu ausgehandelt werden. Muslime sind seit Jahrhunderten Teil des Westens. **Die Islam-Debatte ist eine Herausforderung,** die Fragen kultureller Identität wieder intensiver zu diskutieren.»



Sie halfen BLICK beim Sarrazin-Check: Islamwissenschaftler Reinhard Schulze von der Uni Bern (l.) und Hansjörg Schmid, Direktor des Zentrums für Islam und Gesellschaft an der Uni Freiburg.

Medien verreissen das Buch wie ein Ebola-Ausbruch»

Brandbeschleuniger auf den Markt zu bringen: «Inmitten einer nervös geführten Debatte um verkorkste Abschiebungen, brutale Mädchenmorde und wachsenden Antisemitismus liefert «Feindliche Übernahme» auf 420 Seiten reichlich Stoff für neurechte Endzeitszenarien.» «Feindliche Übernahme» sei einseitig, verletzend und manipulativ, befindet der **«Tagesspiegel»** aus Sarrazins Heimat Berlin. «Hier schreibt ein beleidigter und verletzter Autodidakt, den die Debatte um sein erstes Buch schwer mitgenommen hat und der es jetzt allen noch einmal zeigen will.» «Sarrazin graut es, wohin er auch blickt», lautet der Titel des Chefkomentators der **«Welt»**. Das Buch entlarve die simple

Grundthese des Autors. Nämlich: «Die Muslime sind unser Unglück.» Und der **Deutschlandfunk** kommt zum Schluss, Sarrazin schaue mit einer «Der Islam ist Grund allen Übels»-Brille auf die Welt. Debatten zu Sexismus und Rassismus oder #MeToo und #MeTwo seien an ihm vorübergegangen. Stattdessen seien kinderreiche muslimische Familien das alleinige Feindbild. Die **«Frankfurter Rundschau»** kritisiert verhältnismässig sachlich: «Unabhängig von politischen Bewertungen fallen in dem umfangreichen Text mit zahllosen Zitaten und Quellenangaben immer wieder Verallgemeinerungen, Übertreibungen und Unstimmigkeiten auf.»

POLITIK & WIRTSCHAFT

Schweiz Tourismus baut auf Raiffeisen

Zürich – Erstmals lanciert Schweiz Tourismus eine nationale Herbstkampagne. Dafür buttert die Vermarktungsorganisation 3,5 Millionen Franken unter anderem in Marketingmassnahmen. Damit sollen Gäste zum «spontanen Buchen von Kurzferien inspiriert werden». Partner Raiffeisen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Bank lockt ihre Kunden mit Bergbahnrabatten zu Ferien in die Höhe.

Banken planen Stellen

Zürich – Schweizer Banken planen im zweiten Halbjahr 2018 wieder Neueinstellungen. Laut der Schweizerischen Bankiervereinigung stehen die Zeichen in der Branche auch wieder auf Wachstum.

SBB-Spitze verletzte Aufsichtspflicht

Bern – Die Geschäftsprüfungs-kommission des Ständerats (GPK) kommt im Zusammenhang mit dem Angola-Mandat von SBB-Präsidentin Monika Ribar zum Schluss: Der Verwaltungsrat der Bahn hat seine Aufsichtspflicht schwer verletzt. Bei ihrer Bewerbung um das Präsidium hatte Ribar das heikle Mandat nicht deklariert – nach eigenen Angaben hatte sie es vergessen.

Meyer Burger wechselt Finanzchef aus

Thun BE – Nach heftiger Kritik zieht der krisengeplagte Solarzulieferer Meyer Burger die Reissleine und kündigt das Arbeitsverhältnis mit dem Finanzchef. Amtsinhaber Michel Hirschi räumt Ende September seinen Posten, sein Nachfolger wird Manfred Häner, der seine Laufbahn bei Sulzer begann.

Staatsanwalt will gegen Maudet ermitteln

Genf – Die Genfer Staatsanwaltschaft hat gestern Ermittlungen gegen den kantonalen Regierungspräsidenten Pierre Maudet (FDP) angekündigt. Sie verdächtigt ihn der Vorteilsnahme bei einer Reise nach Abu Dhabi 2015. Das Kantonsparlament muss den Ermittlungen noch zustimmen.

Keine nationalen Standards für Security

Bern – Private Sicherheitsfirmen sollen keine nationalen Mindeststandards erfüllen müssen. Nach Ansicht der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats ist es Sache der Kantone, Regeln zu erlassen. Sie lehnt eine Motion von SP-Ständerat Paul Rechsteiner (SG) mit neun zu drei Stimmen ab. Dieser warnt vor Wildwuchs mit entsprechenden Risiken.

Fairness bei BLICK

Im Zusammenhang mit den Waffenexporten hat BLICK gestern die Ems-Tochter Patvag als «Rüstungsfirma» bezeichnet, «die Zünder herstellt». Das war ein Fehler. Die Ems-Patvag stellt ausschliesslich Zünder für Airbags in der Autoindustrie her.

Börse & Devisen

SMI	9042.1 (−0.46%)	↘
DOW JONES	25 986.9 (−0.5%)	↘
EURO/CHF	1.13	↘
USD/CHF	0.97	→
GOLD	37 429 Fr./kg	↘
ERDÖL	77.55 \$/Fass	↗

Kriegsmaterial-Exporte in Bürgerkriegsländer durchgewinkt, aber Widerstand im Parlament wächst

Front gegen Bundesrat wird grösser

Schweizer Waffen für Bürgerkriegsländer, das wollen wir nicht»: BLICK nahm gestern auf der Titelseite klar Stellung zu den Plänen des Bundesrats, den Kriegsmaterial-Export auszuweiten. **Er forderte vier CVP-Ständeräte auf:** «Bewahrt uns vor dieser Schande.» Sicher drei von ihnen taten es nicht. Die Sicherheitskommission des Ständerats (SIK-S) nickte Waffenlieferungen an Bürgerkriegsländer ab. Damit brachte die Kommission unter der Leitung des Urnern Josef Dittli (61, FDP) zu Ende, was sein Vorgänger als SIK-Präsident, Isidor Baumann (62, CVP), auf Wunsch der Rüstungsindustrie auf den Weg gebracht hatte.

Hat die Waffenlobby also Grund zum Feiern? Nicht auf lange Sicht, wie BLICK-Recherchen zeigen. **Das Ja zur Kriegsmaterialverordnung könnte sich für die Rüstungsindustrie rächen.** Denn viele bürgerliche und Mitte-Politiker haben Schwierigkeiten, ihren Wählern zu erklären, was Schweizer Waffen in Kriegen zu suchen haben.

«Die Öffentlichkeit versteht es schlicht nicht, warum die



BDP-Präsident Martin Landolt will den Bundesrat entmachten.

Es ist eine Schande, es bleibt eine Schande

Es war zu befürchten: Der Bundesrat erhält nach den National- auch von den Ständeräten moralische Unterstützung für sein unmoralisches Vorhaben. Schweizer Waffen dürfen künftig in Bürgerkriegsländer geliefert werden.

Weil es so ungeheuerlich ist, nochmals: Schweizer Waffen dürfen künftig in Bürgerkriegsländer geliefert werden.

Hört sich das für irgendjemanden als eine erfreuliche Nachricht an?

Man muss der Welt schon sehr gleichgültig gegenüberstehen, um das gut zu finden. Oder in der Rüstungsindustrie tätig sein. Denn diese darf nun auf ein paar lukrativ-fragwürdige Aufträge hoffen. Oder Johann Schneider-Ammann heissen. Denn der Wirtschaftsminister hat der Wirtschaft gezeigt,



Beat Flach, Nationalrat GLP.



Ida Glanzmann, Nationalrätin CVP.

Schweiz Kriegsmaterial in Länder liefern soll, in denen Bürgerkrieg herrscht», sagt BDP-Präsident Martin Landolt (50). **«Viele bürgerliche Parlamentskollegen bekommen aus der Bevölkerung dieses Unverständnis zu spüren.»**

Und so erhält Landolts Vorhaben, den Bundesrat bei den Waffenexporten zu entmachten, Aufwind. Zur Erinnerung: **Landolt will per Vorstoss erreichen, dass die Richtlinien für Kriegsmaterialausfuhren vom Parlament festgelegt werden.** Und dass das Volk das Referendum ergreifen kann.

Hoffnung macht Landolt unter anderem die Kehrtwende von CVP-Frau Ida Glanzmann (59). Die Vizepräsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, die selbst auch Mitglied des «Arbeitskreises Sicherheit und Wehr-

technik» ist und der Waffenlobby nahesteht, liebäugelt mit der Unterstützung von Landolts Plan. Im Mai hatte sie dies gegenüber BLICK noch ausgeschlossen.

Jetzt sagt sie: **«Das Volk würde einer Ausweitung der Kriegsmaterialverordnung an der Urne niemals zustimmen.»** Sie hatte Mitte August versucht, wenigstens ein Vernehmlassungsverfahren einzuleiten, damit verschiedene Akteure ihre Meinung zum Vorhaben des Bundesrats hätten kundtun können. Die SVP/FDP-Mehrheit hat das Anliegen der politischen Mitte aber vereitelt.

Ganz Volksvertreterin, sagt Glanzmann darum: «Jetzt überlege ich mir ernsthaft, den Vorstoss von Herrn Landolt zu unterstützen. Der Bundesrat darf nicht im Alleingang entscheiden, an welche Länder die Schweiz Kriegsmaterial liefert – und an welche nicht.»

Weitere Bürgerliche signalisieren jetzt ihre Zustimmung. So auch Nationalrat Beat Flach (53, GLP): «In der Bevölkerung brodelte es. Wenn der Bundesrat nicht von sich aus auf seinen Entscheid zurückkommt, müssen wir handeln. Dann ist Landolts Vorstoss der richtige Weg. Meine Unterstützung hat er.»

Cinzia Venafro, Pascal Tischhauser

Das meint BLICK



dass er ihre Wünsche umgehend zu seiner Herzensangelegenheit macht. Selbst wenn es wie hier um Kaltherziges geht.

Die Ausweitung der Schweizer Waffenexporte ist ein Triumph für die Lobbyisten. Sie haben erreicht, dass eine volkswirtschaftlich wenig bedeutende Branche unnötigerweise bekommt, was sie will. Ein Ansporn für jeden Lobbyisten in Bundesbern, seine Begehrlichkeiten hochzuschrauben.

Der Entscheid für den Waffenwerkplatz Schweiz ist ein Entscheid gegen das Menschenrechtsland Schweiz. Einem bisschen Geld werden zentrale

Werte geopfert. Das IKRK sollte an seinem Sitz in Genf die Fahne auf halbmast setzen.

In Zeiten von Kriegs- und Flüchtlingselend findet es die Mehrheit im Bundesrat und in den Parlamentskommissionen angebracht, ein solch zynisches Zeichen zu setzen. Und es wird die Politiker nicht davon abhalten, auch weiterhin bei jeder Gelegenheit von der humanitären Tradition unseres Landes zu säuseln.

Aber die Worte sind hohl geworden und ohne moralische Autorität. Diese Politiker haben die humanitäre Tradition verraten und unser Land zu einem Hort von egoistischen Geschäftlmachern degradiert, von Kriegsgeschäftemachern.

Der Bundesrat beschämt die Schweiz, die anders ist. Sein Entscheid ist und bleibt eine Schande.